

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Josef Keller (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Drogenkriminalität im Ludwigshafener Stadtteil Nord-Hemshof

Die Kleine Anfrage 446 vom 25. November 1996 hat folgenden Wortlaut:

Mitte November 1996 kam es zum dritten Male innerhalb von 15 Monaten im Ludwigshafener Stadtteil Nord-Hemshof auf offener Straße zu einer Schießerei mit einer Maschinenpistole.

Soweit bekannt, waren die Beteiligten in der Regel aus dem Bereich von Ex-Jugoslawien und dem Drogenmilieu zuzurechnen. Nicht nur die Bevölkerung fordert mittlerweile eine Verstärkung der Polizeikräfte, sondern auch der Bezirksvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter – BDK – (siehe Rheinpfalz und Mannheimer Morgen, Ausgabe Ludwigshafen vom 23. November 1996).

Nach seiner Meinung werden bis zu 20 zusätzliche Kriminalbeamte benötigt, um die Drogenkriminalität, vor allem im Hemshof, wirksam bekämpfen zu können, da die Kriminalität dort mittlerweile eine Dimension und Qualität erreicht, wie man sie nur von Kriminalitätshochburgen wie Frankfurt, Hamburg oder Berlin kennt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Mit welchen Maßnahmen wurde bisher versucht, die im Vergleich zu den Jahren 1994 und 1995 drastisch angestiegene Drogenkriminalität zu bekämpfen?
2. Woran liegt es, daß die Verdoppelung der Drogenkriminalitätsfälle gegenüber 1995 nicht verhindert werden konnte?
3. Teilt die Landesregierung die Auffassung des BDK, daß ca. 20 zusätzliche Stellen notwendig sind, um die Drogenkriminalität in Ludwigshafen wirksam bekämpfen zu können?
4. Was gedenkt die Landesregierung kurz- und mittelfristig zu tun, um die Drogenkriminalität und die offene Drogenszene wirksam zu bekämpfen, um so u. a. den Sicherheitsinteressen der Bevölkerung Rechnung zu tragen?
5. Was wurde bisher gegen die vielen dealenden Asylbewerber, vor allem Albaner, unternommen, die nicht in Ludwigshafen wohnen?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 16. Dezember 1996 wie folgt beantwortet:

Die Entwicklung der Drogenkriminalität in Ludwigshafen Nord-Hemshof steht in Zusammenhang mit den in Mannheim eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung der örtlichen Drogenszene. Dabei ist offensichtlich ein Verdrängungseffekt in Richtung Ludwigshafen entstanden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1.:

Polizei und Staatsanwaltschaft sowie Ordnungs- und Ausländerbehörde haben seit Beginn dieser Entwicklung mit einem Bündel von Maßnahmen reagiert:

- Die Polizei hat eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die ausschließlich zur Bekämpfung der Straßenkriminalität eingesetzt ist.
- Die Bekämpfung der Drogenkriminalität durch die Beamtinnen und Beamten der Kommissariate KI 14 und KD 14 wurde durch den Einsatz einer weiteren Arbeitsgruppe („AG Rathauscenter“) verstärkt.

b. w.

- Unter Einbindung der Bezirksbeamten und von Kräften der Bereitschaftspolizei ist die polizeiliche Präsenz deutlich erhöht worden.
- Ebenfalls mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei werden zu unterschiedlichen Tageszeiten Razzien, Gaststättenkontrollen, Personen- und Fahrzeugkontrollen durchgeführt.
- Die örtliche Ausländer- und Ordnungsbehörde sowie der städtische Ausländerbeirat sind in das polizeiliche Bekämpfungs- und Präventionskonzept ebenso eingebunden worden wie die Stadt Mannheim. Die gegenseitige Teilnahme am sogenannten „Runden Tisch“ gewährleistet einen ständigen Informationsaustausch.
- Durch eine gezielte Information der Öffentlichkeit sowie die Teilnahme von Vertretern der Polizei u. a. an Podiumsdiskussionen, Lehrerkonferenzen und im Ausländerbeirat wurde die Prävention verstärkt.
- Die Staatsanwaltschaft hat die Anwendung beschleunigter Verfahren nach §§ 430 ff. der Strafprozeßordnung intensiviert.

Zu 2.:

Als Folge der gezielten polizeilichen Maßnahmen liegen die Delikte der Straßenkriminalität in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 20 % unter dem Vorjahresniveau.

Der Anstieg der registrierten Rauschgiftkriminalität in Ludwigshafen Nord-Hemshof ist auch auf die Intensivierung der polizeilichen Maßnahmen und der damit verbundenen Aufhellung des Dunkelfeldes zurückzuführen, da es sich bei der Rauschgiftkriminalität um sogenannte Kontrollkriminalität handelt.

Zu 3.:

Nein. Bei rund 180 Einsätzen von Januar bis September 1996 nahm die Polizei insgesamt 407 Personen im Bereich Ludwigshafen Nord-Hemshof fest. Sie ermittelte in 1 456 Fällen, davon waren 384 Diebstahlsdelikte, 468 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz infolge Besitz und Erwerb von Betäubungsmitteln und 197 Fälle von Handel mit Betäubungsmitteln. Dabei verrichteten die Beamtinnen und Beamten 4 590 Stunden Dienst.

Diese Leistungsbilanz zeigt, daß die Polizei die Rauschgiftkriminalität in Ludwigshafen erfolgreich bekämpft.

Zu 4.:

Die in der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Maßnahmen werden fortgeführt. Darüber hinaus wird ab dem 9. Dezember 1996 eine Arbeitsgruppe in unmittelbarer Nähe des festgestellten Kriminalitätsbrennpunktes in der nördlichen Innenstadt eingesetzt.

Zu 5.:

Asylbewerberinnen und -bewerber unterliegen den deutschen Strafgesetzen. Bei festgestellten Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz finden deshalb die gleichen Bestimmungen Anwendung wie bei deutschen Tatverdächtigen.

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen werden von den zuständigen Ausländerbehörden zudem die möglichen und notwendigen ausländerrechtlichen Konsequenzen gezogen.

Walter Zuber
Staatsminister